

Vortrag „Wer, wenn nicht wir – Mensch vor Profit“ anlässlich der JHV des KV Lindau am 27.04.2017

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe interessierte Gäste und liebe Mitglieder des Kreisverbands Lindau,

durch jahrzehntelange Fehlpolitik in vielen verschiedenen Bereichen ist die Bevölkerung verunsichert. Sie reagiert darauf entweder mit völliger Politikverdrossenheit oder mit der Hinwendung zu Vereinigungen, die mit extremen Inhalten versuchen, aus vorhandenen Problematiken ihre Machtposition zu stärken. Beides kann von uns nicht einfach hingenommen werden. Mit der Bundestagswahl, die am 24. September dieses Jahres stattfindet, sind wir erneut aufgerufen, den „richtigen Weg“ einzuschlagen. Wir müssen unsere grundlegenden Ideale verfechten, wir wollen sozial- und umweltverträgliche Bedingungen schaffen, die auch unseren Nachfolgegenerationen noch die Möglichkeit eines guten Lebens auf dieser so gebeutelten Erde bieten. Das kann nur gelingen, wenn wir unseren Wahlslogan „Mensch vor Profit“ mit allen uns zur Verfügung stehenden Instrumenten den potenziellen Wählern näher bringen. In welchen Bereichen können wir unsere „Hebel“ ansetzen? Es gilt, bei den Menschen in unserem näheren Umfeld wieder Interesse an der Politik zu wecken. Mit fundierten Aussagen in Diskussionen, egal ob in der Familie, am Arbeitsplatz oder im Freundeskreis kann schon Einiges bewirkt werden. So lapidare Äußerungen wie: „Kann man eh nichts machen, die sind alle gleich!“ oder „Geschieht ja doch nichts, sobald die Wahlen rum sind, läuft alles den alten Gang!“, muss man entkräften. Betrachten wir daher als erstes die Bevölkerungsgruppe, die in der Zukunft mit unseren „Verfehlungen“ oder „Verbesserungen“ leben muss:

Kindheit unter Dauerstress? ÖDP – die kinderfreundliche Partei

Kinder wollen lernen. Sie wollen die Welt immer besser verstehen und wichtige Erfahrungen machen, mit sich selbst, mit ihren Mitmenschen, mit Pflanzen, Tieren und mit allen Elementen. Familie, Kindergarten und Schulen sind gemeinsam dafür verantwortlich, dieses Ziel zu erreichen. Der Staat hat sie dabei nach Kräften zu unterstützen. Schulische Bildung darf nicht einseitig im Dienst der wirtschaftlichen Verwertung und unter dem Diktat der Beschleunigung stehen. Schule muss ein Ort der Ermutigung sein, an dem jedes Kind seine Möglichkeiten erkennen und ausweiten kann. Wir haben ein anspruchsvolles Ziel: Wie in vielen Ländern und in Reformschulen schon lange üblich, sollen auch in unseren Grundschulen zwei Erwachsene (Lehrkraft + Assistent/in) eine Schulklasse betreuen, so ist die individuelle Förderung aller Kinder und die Inklusion von Kindern mit Behinderung möglich.

Mehr individuelle Förderung für jedes Kind durch eine zweite pädagogische Kraft in jeder Grundschulklasse! Der Streit um das beste Schulsystem wird nie enden. Eines gilt jedoch für alle Schularten und Systeme: Jedes Kind muss ein Anrecht auf bestmögliche Förderung bekommen. In den Ländern mit guten Schulerfolgen stehen den Lehrern und Schülern mehrere zusätzliche Helfer (Studierende, Förderlehrer, nebenamtliche Helfer, freiwillige AktivSenioren, etc.) zur Seite, um leistungsfähigen Schülern zusätzliche Anregungen zu vermitteln oder hilfsbedürftigen Schülern den Stoff nahe zu bringen. Unabhängig vom Schulsystem wäre das auch in unseren bayerischen Schulen sinnvoll. Deshalb treten wir für eine zweite pädagogische Kraft in jeder Grundschulklasse ein, als Einstieg in eine verbesserte individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler.

Aufstiegschancen in allen Schulzweigen – Bildungskarrieren müssen von allen Ausgangspunkten möglich werden! Das gegliederte Schulsystem ist nur dann akzeptabel, wenn die größtmögliche Durchlässigkeit garantiert wird. Von jedem Startpunkt – auch von der Haupt-/Mittelschule aus – muss für begabte Kinder zu einem späteren Zeitpunkt noch jede Bildungskarriere möglich sein. Keine Klassen über 25 Kindern/Jugendlichen! Den Lehrerberuf realistisch planen! Unterschiedliche

Vorbildung in den Elternhäusern, immer häufiger auftretende Lernstörungen und soziale Probleme machen andere Unterrichtsmethoden notwendig und verlangen intensivere erzieherische Bemühungen. Das geht nur in kleineren Klassen. Wir fordern Klassenstärken von 20 Kindern bzw. Jugendlichen. Bei mehr als 25 Schülerinnen/Schülern ist die Klasse zwingend zu teilen. Der Lehrkräftebedarf ist langfristig und so zu planen, dass es in keinem Fall zu Lehrermangel kommen kann. Auch für Kindergärten sind in allen Regionen „mobile Reserven“ von pädagogischem Fachpersonal einzurichten. „Mobile Reserven“ sollen im Schulbereich verhindern, dass bei Krankheit und Fortbildung Unterricht ausfällt. In den Kindergärten ist ebenfalls ein solches System einzurichten. Diese Reserve soll den Jugendämtern zugeordnet werden, damit die Reservekräfte gegebenenfalls auch in der Familien- und Jugendhilfe mitarbeiten können. Kleinere Schulen – Schülerzahl begrenzen! In der Anonymität übergroßer Schulen liegt der Keim für wachsende soziale Probleme. Daran leiden alle am Schulleben beteiligten Schüler, Lehrer und Eltern. Neben der Begrenzung der Klassenstärken fordern wir deshalb eine Begrenzung der Höchstzahl an Schülern einer Schule. Eine allgemeinbildende Schule, unabhängig von der Schulart, sollte nicht mehr als 1000 Schüler umfassen. Erfolgreiche Erziehung und Bildung bedingt persönliche Beziehungen in überschaubaren Einheiten.

Kurze Beine – kurze Wege – Schulen am Lebensort der Kinder! Der Tendenz zu immer weiteren und aufwändigeren Schulwegen immer jüngerer Schüler muss entgegengewirkt werden. Schulen im ländlichen Bereich sind zu erhalten und gegebenenfalls wieder zu öffnen. Dabei können auch jahrgangsgemischte Klassen eine sinnvolle Option sein. Die „Schule im Dorf“ ist die Basis dafür, dass Kinder einen Bezug zu Leben, Religion und Kultur des Heimatraumes entwickeln. Zur freien Schulwahl gehört auch, dass allen Schülern Fahrkostenzuschüsse zu gewähren sind, und zwar zumindest in Höhe der Aufwendungen, die entstehen würden, wenn das Kind die nächstgelegene Schule besuchen würde.

Freie Schulwahl! Allen Eltern soll eine freie Schulwahl mit dem für ihre Kinder passendsten pädagogischen Konzept ermöglicht werden. Daher sollen neben den öffentlichen Schulen auch die staatlich anerkannten und genehmigten Ersatzschulen die gleiche finanzielle Ausstattung pro Schüler erhalten.

Wir treten für eine längere gemeinsame Schulzeit ein. Wir halten die frühe Übertrittsentscheidung nach der vierten Klasse und den dadurch entstehenden übermäßigen Leistungsdruck für falsch. Die angeborene Lust am Lernen wird dadurch oft genug in ihr Gegenteil verkehrt. Die ÖDP fordert daher eine gemeinsame Schulzeit bis zur einschließlich 6. Jahrgangsstufe. Wir streben eine Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Eltern an, die die Eltern als kompetente Partner anerkennt. Ihre Erziehungskompetenz soll durch Bildungsangebote an Schulen und Kindergärten gefördert werden.

Vorbereitung auf das Leben – Schule für alle Sinne! In allen Schularten, finden die musischen und lebenskundlichen Fächer zu wenig Raum. Diese fördern aber nicht nur die Lebensfreude der Kinder, sondern nachweislich auch die intellektuelle Leistungsfähigkeit. Auch die Gesundheitsvorsorge und Kenntnis gesunder Ernährung muss in allen Schulen ein größeres Gewicht erlangen, ebenso ist ein Unterrichtspflichtfach zur Vermittlung hauswirtschaftlicher Kenntnisse und Alltagskompetenzen einzurichten.

Integration fördern heißt Sprachbarrieren abbauen: frühe Bildungschancen für zweisprachige Kinder! Kinder, die in Bayern mit Deutsch als Fremdsprache aufwachsen, müssen früh sprachlich gefördert werden. In Mutter-Kind-Gruppen, und vor allem in den Kindergärten, sind solche Kinder durch geschultes Fachpersonal gezielt zu fördern, damit sie beide Sprachen bestmöglich beherrschen. Unterstützend sind kostenlose Deutschkurse für die Eltern („Mama lernt Deutsch!“) anzubieten.

Wie bereits angesprochen: An jeder Schule soll ein(e) Sozialpädagoge/in arbeiten! Für jede Schule muss Schulsozialarbeit zur Norm werden. Sie muss als Teil des Schulangebotes vom Staat

verantwortet werden und darf nicht den Kommunen angelastet werden. Die Vielzahl der neuen Erziehungsprobleme, aber auch die ganz normalen Probleme während der Pubertät belasten den täglichen Schulalltag und behindern oft den Lernfortschritt. Deshalb muss an allen Schulen eine Sozialpädagogenstelle eingerichtet werden.

Durch meine freiberufliche Tätigkeit in der Bildung wurde und werde ich tagtäglich mit den schwierigsten Familienverhältnissen und Arbeitsanforderungen konfrontiert. Es ist wahrlich nicht erbaulich, Kinder, Jugendliche, aber auch Erwachsene zu erleben, die nach durchlebtem Familienstreit, Mobbing in der Schule/Arbeitsplatz oder auch Überforderung bei den familiär zukommenden Aufgaben mit Aggression und Demotivation im Nachhilfeunterricht oder in der Weiterbildung auftauchen. Hier muss zuerst die Psyche wieder einigermaßen gestärkt werden, um sich dann auf die fachlichen Aufgaben der Lernhilfe und Schulförderung konzentrieren zu können. Es muss wieder mehr Wert auf Erhalt von persönlichkeitsfördernden zwischenmenschlichen Beziehungen gelegt werden. Nicht der Mensch als „Baustein“, sondern der Mensch als Individuum muss seinen Platz und seinen Wertgehalt in der Gesellschaft erleben und erspüren können. Dies beginnt schon im kleinsten Familienverbund und setzt sich auf sämtlichen übergeordneten Ebenen fort.

Gebührenpflicht für Bildung an Schule und Hochschule muss tabu sein – Gebühren für Bildung sind familien- und gesellschaftsfeindlich! Von einer gut ausgebildeten Jugend haben alle großen Nutzen. Deshalb war es jahrzehntelang selbstverständlich, dass die Ausbildung der Jugend an öffentlichen Schulen und Hochschulen über Steuerzahlungen finanziert wurde. Unser wirksamer Widerstand mit Verfassungsklage und Aufdeckung von Fehlverwendung hat die Staatsregierung zum Rückzug beim Büchergeld an Schulen gezwungen. In einem großen gesellschaftlichen Bündnis haben wir erfolgreich gegen die familien- und gesellschaftsfeindlichen Studiengebühren gekämpft. Wir stehen für die kostenfreie Bildung an Schulen und Universitäten! Auch die Kosten an den Meisterschulen des Handwerks und für die Altenpflegeausbildung sind von der Allgemeinheit zu tragen.

Bildungseinrichtungen müssen wieder frei von Konsumwerbung werden! Die Wirtschaft dringt in alle Lebensbereiche ein: In der Fachhochschule Würzburg gibt es seit 2006 einen „Aldi-Süd-Hörsaal“! Auch in die Schulen drängen Firmen mit Sponsoring und Werbung. Diese Entwicklung halten wir für falsch. Solche Vorgänge müssen eingedämmt werden! Wirtschaft und öffentliche Daseinsfürsorge sind strikt zu trennen.

Staat statt Familie? ÖDP – die Familienpartei

Familie ist für uns kein Auslaufmodell! Wir treten dafür ein, die familiäre Betreuung von Kindern, aber auch die familiäre Pflege und Begleitung von behinderten und betagten Menschen, durch ein sozialversicherungspflichtiges Familiengehalt als wertvolle Leistung für die Gesellschaft anzuerkennen. Ohne Familie ist kein Staat zu machen! Und in den ersten Jahren brauchen Kinder vor allem verlässliche Bindungen. Sollte dies durch welche Ausgangssituationen auch immer bedingt, nicht möglich sein, dann gilt: Qualitätsorientierte Kinderbildung und -betreuung! Die staatliche Bezuschussung der Kindertagesstätten muss starke Anreize für die Verbesserung des Betreuungs Schlüssels schaffen. Die Bindungsforschung fordert bei Kindern unter drei Jahren ein Betreuungsverhältnis von 1:3 (eine Fachkraft auf 3 Kinder). Außerdem muss eine verlässliche und stabile Betreuungssituation Ziel der Fördersystematik sein. Jedes Kind muss wissen, welche Person in der „Kita“ sich in besonderer Weise seiner annimmt.

Ermütigung und Unterstützung für alle schwangeren Frauen – für den Schutz des ungeborenen Lebens! Ob ein Kind geboren wird, hängt nicht alleine von der Mutter ab. Wir werden alles tun, damit Schwangerschaftskonflikte besser gelöst werden und der Mut zum Kind gestärkt wird – auch der

Mut, ein Kind mit Behinderung anzunehmen. Kinderfeindliche Strukturen sind überall abzubauen, die Beratung und Begleitung der Eltern ist zu verbessern, und materielle Sicherheit ist zu gewährleisten.

Ja zu Mindestlöhnen – wie in der Bayerischen Verfassung vorgesehen! Gleiche Bezahlung für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit! Laut Bayerischer Verfassung (Art. 169) können für jeden Berufszweig Mindestlöhne festgesetzt werden, die dem Arbeitnehmer eine den jeweiligen kulturellen Verhältnissen entsprechende Mindestlebenshaltung für sich und seine Familie ermöglichen. Jede ehrliche Arbeit hat den gleichen sittlichen Wert und Anspruch auf angemessenes Entgelt. Männer und Frauen erhalten für gleiche Arbeit den gleichen Lohn (Art. 168). Diesen Verfassungsaussagen fühlen wir uns verpflichtet! Dumpinglöhne führen zu Altersarmut. Mit der Einführung des Mindestlohns zum 01.01.2015 erfolgte ein kleiner Fortschritt in Hinsicht auf sozial-verträgliches Entgelt. Allerdings muss die Einhaltung dieser 8,50 € pro Stunde mit überdimensionalem administrativem Aufwand dokumentiert werden. Letztendlich bildet dies für manche Unternehmer oder Arbeitgeber schon wieder ein Hindernis zur rigorosen Umsetzung. Es wird immer wieder versucht über kleine Hintertürchen der gesetzlichen Maßgabe Paroli zu bieten. Abgesehen davon, dass 8,50 € für eine wirklich altersgerechte Rentenversorgung keine ausreichende Basis bilden. Mindestens 12,50 € wären notwendig um in der prozentualen Relation eine existenzsichernde Grundlage zu bieten. Hier müssen nochmals Verbesserungen angestoßen und umgesetzt werden. Nach wie vor existiert die Arbeitsvermittlung unter Zuhilfenahme von Personaldienstleistern und Werksverträgen. Dies ist eigentlich nur die Pseudobezeichnung für den Sklavenhandel aus der Antike und dient einzig und allein zur Etablierung und daraus resultierendem Reichtum für die Betreiber der damit beauftragten Unternehmen. Jeder soll für seine Arbeit, die er mit entsprechenden Fachkenntnissen und unter identischen Bedingungen erbringt, auch gleich bezahlt und behandelt werden. Vor allem wären dann Arbeitnehmer nicht mehr gezwungen, sich durch verstärkt notwendige Kombinationen von Zeitarbeitsverhältnis und Mini-Jobs usw. den Mindestbedarf zum Bestreiten der täglich wirklich existenziellen Ausgaben zu erwirtschaften.

Honorierung der Erziehungsleistung! Die Notwendigkeit der Bezahlung der Erziehungsarbeit ergibt sich aus unserem Rentenrecht und ist daher eigentlich eine Verpflichtung des Bundes. Bayern trägt aber über den Bundesrat eine Mitverantwortung. Durch das Rentenrecht werden alle heutigen Kinder verpflichtet, später allen heute Erwerbstätigen, auch denen, die selbst keine Kinder hatten, eine Rente zu finanzieren. Eltern erhalten dafür bisher keine angemessene Gegenleistung. Darin liegt die Hauptursache für die zunehmende Verarmung der Familien. Eltern und Kinder haben daher den Anspruch auf Solidarität, der am besten durch ein Erziehungsgehalt erfüllt werden kann. Freie Wahl des Lebensstils für Mütter und Väter! Es muss ein bundesweites Erziehungsgehalt von mind. 1000 Euro bis zur Vollendung des 3. Lebensjahres eines Kindes eingeführt werden. Dieses ist sozialversicherungspflichtig und ersetzt andere Sozialleistungen. Damit soll allen Eltern die Wahlfreiheit ermöglicht werden: Sie können mit dem Geld entweder eine Kinderkrippe nutzen, eine Betreuungskraft anstellen oder sich selbst ohne finanziellen Nachteil der Kindererziehung widmen. Der Bund und damit auch der Freistaat Bayern müssen ein Beispiel geben und die Arbeitswelt in ihren eigenen Einrichtungen familiengerecht gestalten und Teilzeitleösungen fördern. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Mütter oder Väter im öffentlichen Dienst nach der Erziehungszeit ihre Wochenarbeitszeit frei wählen können.

Für ein familiengerechtes Rentensystem – Grundrente aus Steuern finanzieren – die Erziehungsleistung der Eltern als Rentenbeitrag honorieren! Nicht nur von Bayern aus sollte der Anstoß kommen, ein wirklich familiengerechtes Rentensystem zu schaffen: Eltern müssen heute für die Kosten der Kinder aufkommen und Beiträge für die Versorgung der Rentnergeneration zahlen. Wir fordern ein familiengerechtes Rentensystem, bei dem eine Grundrente für alle aus Steuern auf jedes Einkommen, auch auf Kapitalerträge, finanziert wird. Die Erziehungsleistung der Eltern muss als Rentenbeitrag honoriert werden! Der Eintritt in das Rentenalter muss flexibel gestaltbar sein.

Für eine realistische Berechnung der Aufwendungen für Kinder! Alle kinderbezogenen Leistungen müssen jährlich der allgemeinen Einkommensentwicklung angepasst und dynamisiert werden. Zum Vergleich: Die Bezüge der Bundes- und Landtagsabgeordneten werden mit einer Automatik-Formel jährlich an die Lohn- und Gehaltsentwicklung angepasst! Dies muss auch bei Aufwendungen für Kinder so praktiziert werden.

Wir wollen allen Menschen ein Leben in Würde sichern – unabhängig von Alter oder Behinderung!

Umbau und Umstrukturierung der Altenheime auf neue Wohnformen! Nötig ist ein Investitionsprogramm zur Umstrukturierung aller Einrichtungen auf neue Wohnformen wie z. B. Mehrgenerationenhäuser und nachbarschaftliches Wohnen, in denen nachweislich Pflege und menschenwürdiges Leben alter Menschen besser gewährleistet ist. Um dies zu ermöglichen, müssen viele Einrichtungen umgebaut werden: Küchen, Bäder und Treffpunkte müssen dezentralisiert und für neue Wohnformen (z.B. Wohngruppen/Hausgemeinschaften) eingerichtet werden.

Komplette Zusammenlegung von Pflege- und Krankenkassen – damit sich gute Pflege auch ökonomisch lohnt! Wenn eine Einrichtung so gut pflegt, dass der betroffene Mensch in eine niedrigere Pflegestufe kommt und es ihm z.B. wieder möglich ist, das Bett zu verlassen und ohne Hilfe zu essen, zahlt die Pflegeversicherung weniger Geld an die Einrichtung. Umgekehrt führt die Verschlechterung des Zustandes zu höheren Leistungen. Ein solches System negativer Anerkennung ist schlicht Irrsinn. Gute Pflege muss belohnt werden. Sinnvoll wäre es zudem, Kranken- und Pflegekassen komplett zusammenzuführen, damit Pflege und Behandlung koordiniert und Unklarheiten bei der Zuständigkeit vermieden werden.

Die Heimaufsicht muss generell in die Zuständigkeit der Bezirke kommen. Die Heimkontrollen müssen kommunal unabhängig durchgeführt werden und mindestens zweimal jährlich stattfinden. Um Heimträger zu entlasten sind die vielfachen Prüfinstanzen (Medizinischer Dienst, Gewerbeaufsicht, Gesundheitsamt, Brandschutz, Baubehörde) zu bündeln und Heimbegutachtungen gemeinsam durchzuführen. Bei einer Überprüfung muss das Wohlbefinden der Heimbewohner immer oberste Priorität haben und nicht die Korrektheit der formalen Dokumentation der täglichen Arbeit.

Die Ergebnisse der Überprüfungen der Pflegeeinrichtungen sind verbraucherfreundlich zu veröffentlichen. Wir fordern, dass die Ergebnisse der Prüfungen durch Heimaufsicht und medizinischen Dienst der Kassen (MdK) in leicht zugänglicher Form veröffentlicht werden. So können gute Heime mit ihrer Leistung werben und weniger gute Einrichtungen bekommen Anreize, Fehler rasch abzustellen.

Barrierefreier Wohnungsbau muss konsequent umgesetzt werden. Laut Bayerischer Bauordnung müssen in Gebäuden mit mehr als 2 Wohnungen die Wohnungen eines Geschosses barrierefrei erreichbar und die Räume mit dem Rollstuhl zugänglich sein. Diese im Interesse der alternden Gesellschaft geschaffene Regelung wird aber vielfach wegen der Genehmigungsfreiheit missachtet. Es ist daher erforderlich die Barrierefreiheit von der Genehmigungsfreistellung auszunehmen.

Der Bund und der Freistaat müssen ihre Quote bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderung erhöhen. Einen sinnvollen Arbeitsplatz zu haben ist gerade für Menschen mit Behinderung besonders wichtig. Der Staat muss in dieser Frage selbst Vorbild sein.

Vernetzung ambulanter und stationärer Pflege! Die ÖDP tritt für eine bessere Vernetzung ambulanter und stationärer Pflege ein. Ziel soll sein, möglichst lange ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Es müssen neben den bestehenden ambulanten Pflegediensten zusätzliche Hilfsstrukturen (Besuchs-, Hauswirtschafts-, Einkaufs-, Fahr- und kleine Handwerkerdienste) aufgebaut werden, um den Menschen nach einem stationären Aufenthalt die Rückkehr und das Verbleiben in der eigenen Wohnung zu ermöglichen. Zur Ergänzung des teilstationären Angebotes sind Tages- und Nachtpflegestationen, sowie Kurzzeit- und Übergangspflegeeinrichtungen notwendig.

Familien bei der Pflege unterstützen, sowohl in finanzieller als auch organisatorischer Hinsicht! Angehörige pflegebedürftiger Menschen müssen in die Lage versetzt werden, diese auf Wunsch in der gewohnten häuslichen Umgebung zu pflegen. Sie dürfen dafür nicht noch zusätzlich mit arbeits- oder steuertechnischen Repressalien belastet werden.

Wir wollen die menschliche Arbeitskraft von Steuern und Abgaben entlasten und stattdessen den Verbrauch knapper Ressourcen belasten – ohne Erhöhung der Gesamtabgabenlast. Kapitalerträge müssen genauso wie Einkünfte aus Arbeit besteuert werden. Wir plädieren für die Erhebung einer Umsatzsteuer auf alle Börsengeschäfte (Finanztransaktionssteuer). Arbeit in der Familie („Sorge-Arbeit“ für Kinder und pflegebedürftige Angehörige) ist vollwertige Arbeit und hat Anspruch auf Einkommen und Rente. Der sog. „Soli“ muss künftig zur Finanzierung eines sozialversicherungspflichtigen Familien-Gehalts verwendet werden. Unternehmen, die zusätzlich zur herkömmlichen, ökonomischen Bilanz eine Gemeinwohlbilanz nach gesetzlich zu definierenden Kriterien aufstellen und dabei Mindestergebnisse erzielen, sollen steuerliche Vorteile genießen. „Gemeinwohl-Kriterien“ sollen z.B. familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, Klimaschutzaktivitäten, Arbeitsplatzsicherheit, Aktivitäten zur Vermögensbildung der Mitarbeiter u. ä. sein.

Der zerstörerische Wachstumsgedanke führt zu einer immer schnelleren Plünderung unseres Planeten. Zusammen mit der neoliberalen Wirtschaftsdeologie vergrößert sich zunehmend die Schere zwischen Arm und Reich. „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“ Es wird Zeit, diese im Grundgesetz und in der Bayerischen Verfassung formulierten Forderungen ernst zu nehmen.

Vielfalt und Schönheit bewahren und erneuern! Artenschutz, Tierschutz, Trinkwasser- und Nahrungsqualität durch faire Existenzsicherungsverträge für die bäuerliche Landwirtschaft – aber nicht nur!

Die natürlichen und kulturellen Schönheiten unseres Landes und der ganzen Erde müssen aktiv geachtet und geschützt werden. Ohne Stabilität und Vielfalt in Natur und Kultur gibt es für die Menschen kein gutes Leben. Wenn allerdings zur Realisierung von wirtschaftlichen Interessen Einzelner sogar bestehende Naturschutzgebiete umgelagert, niederbewertet und ausgehebelt werden können, stehen wir mit den uns zur Verfügung stehenden Instrumenten (Bürgerbegehren, Widerspruchsanträgen usw.) machtlos da. Es kann nicht angehen, dass völkerrechtliche Vereinbarungen nur auf Ansage einer bestimmten Regierungslobby ihrer Gültigkeit enthoben werden. Die Verschiebung der Schutzzone am Riedberger Horn bildet eine Farce, die als Grundlage für weitere diesbezügliche Projekte als Negativbeispiel Schule machen wird. Frei nach dem Motto: Da ist es ja auch gegangen, also wird bei uns auch nichts dagegen sprechen! Konsequenter Artenschutz, Erhalt und Pflege von natürlichen Lebensräumen, Beendigung des Flächenverbrauchs, Sicherung und Sanierung der Grundwasservorräte – dies alles braucht aber vor allem eine ehrliche Partnerschaft mit der bäuerlichen, nicht-industrialisierten Landwirtschaft. Den umstellungswilligen Landwirten wollen wir Existenzsicherungsverträge anbieten und sie von der Horrordrohung „Wachsen oder Weichen“ befreien: Tatsächlich erbrachte Leistungen der Bauern für das Gemeinwohl (Wasserschutz,

Artenschutz, Biotoppflege, Tierschutz etc.) müssen fair bezahlt werden! Glücklicherweise verfügen wir im Oberallgäu über einige „Rebellen“ der naturnahen Version, bestes Beispiel, Herbert Siegel aus Missen mit seinem Schlachtmobil, das Schlachten in gewohnter Umgebung ohne den, für die Tiere höchst stressbelasteten Weg zum Schlachthof ermöglicht. Zurück zur umweltverträglichen Landwirtschaft und weg vom bäuerlichen Industrialismus, der nur noch den schnellen Reichtum vor Augen hat ist die Devise. Unsere Landschaften, vor allem im Unterallgäu, wo ich wohne, bilden immer mehr ein Bild von wogenden Maisfeldern, die einzig und allein dem Zweck der „Verheizung“ in den Biogasanlagen dienen. Gar nicht zu reden von dem Gülleausstoß, der hier entsteht und aus Mangel an ortsnah vorhandenen Ausbringflächen teilweise kilometerweit durch die Gegend gefahren wird. Nichts mehr zu sehen von den abwechslungs- und artenreich angesetzten Wiesen, die ich sogar noch aus meiner Kindheit kenne. Die einzigen Blumen, die dort jetzt noch blühen, sind im Frühjahr der Löwenzahn und dann die daraus resultierenden Pustebumen. So wie sich hier Pflanzen und Tiere nicht mehr halten, bzw. vermehren können, könnte es bald dem Menschen gehen, der eigentlich ökologische Vielfalt zum Weiterbestehen benötigt und nicht uniformierte, ausgelaugte Flächen, die nach dem Abernten durch überdimensionale Erntemaschinen eher Mondlandschaften ähneln. Landwirtschaft ist heutzutage nicht mehr Landpflege, Veredelung und ökologisch-ökonomische Einheit. Sie bildet nur noch Großindustrie für einige wenige „Konzerne“, die den herkömmlich geführten Betrieben das Land und das Vieh als Existenzgrundlage sozusagen für billiges Geld abschwatzen, um damit auch noch in den Genuss von anderweitig sinnvoller eingebrachten Subventionen und Zuwendungen zu kommen. Seit dem Ende der Milchquote zum 31.03.2015 ist hier zusätzlich der alarmierenden Entwicklung von industrialisierter Produktion Tür und Tor geöffnet. Klein- und Mittelbetriebe sehen sich nicht mehr in der Lage, mit dem von ihnen erzielten Ertrag gegen die durch Mega-Mengen bestimmte Preispolitik zu konkurrieren. Die teuflische Spirale von hoher Milchmenge und dadurch pro Liter dezimiertem Preis kann einfach nicht funktionieren. Dagegen müssen wir durch eine eigenbestimmte Politik vorgehen. Es kann nicht angehen, dass solch existenzielle Fragen nur durch von Brüssel übergestülpte Zwangskonventionen geleitet werden. So ein lebenswichtiges Thema muss von den einzelnen Parlamenten dezentral entschieden werden können. Was in diesem Zusammenhang CETA und TTIP, abgesehen von der Vernichtung demokratischer Grundsätze noch anstellen, kann nur unsere schlimmsten Befürchtungen bestätigen. Nicht der Export wird hier gestärkt sondern der Import wird überdimensional wachsen und damit die letzten Preis-, Gesundheits- und Arbeitsplatzrefugien zum Einsturz bringen!

Wir schützen die Landwirtschaft vor der Gentechnik und wollen versuchen den Bauern faire Bedingungen zu bieten – für Gegenwart und Zukunft!

Aus der oben benannten, seit Jahren verfehlten Subventionspolitik der EU resultiert die immer mehr schwindende Anzahl von landwirtschaftlichen Betrieben. Kleine bis mittlere Unternehmen können mit der Preispolitik aus falsch verstandener Exportorientierung nicht mehr mithalten. Durch die Abschaffung der Milchquote wurde der fairen Preisgestaltung wieder jegliche Basis entzogen. Flächengerechte Tierbestände sind nur noch in minimalster Ausprägung vorhanden. Die industrialisierte Form mit Zusammenschlüssen aus mehreren Einzelbetrieben zu hochtechnisierten „Milchfabriken“ wird zunehmend Standard. Eine Ähnlichkeit mit den LPGs der ehemaligen DDR und den Kolchosen der ehemaligen Sowjetunion drängt sich als Vergleich geradezu auf. Der Trend muss wieder hin zu Regional-Produkten, biologisch wertvoller Größenordnung und extensiver, ressourcenschonender Landwirtschaft führen. Dies kann aber nur gelingen, wenn die nötigen Rahmenbedingungen dauerhaft geschaffen werden. Auch hier ist es notwendig, im eigenen Umfeld zu handeln und das Kaufverhalten entsprechend anzupassen sowie vorhandene Angebote kritisch zu betrachten.

Deutschland und vor allem Bayern müssen die gesetzliche Festlegung als gentechnikfreien Standort für jegliche Art der Landwirtschaft vorantreiben. Die Manipulation von Genen und die Freisetzung von genveränderten Organismen stellt überall ein nicht zu verantwortendes Risiko dar. Die

vielfältigen Risiken für Imker, biologisch und konventionell wirtschaftende Landwirte, sowie für Wildpflanzen und Wildtiere sind besonders hoch. Der hart erkämpfte Politikwechsel in diesem Bereich muss durch eine klare Verfassungsaussage festgeschrieben werden. Das EU-Recht darf naturwissenschaftliche Erkenntnisse, Selbstbestimmung und ethische Überzeugungen nicht aushebeln.

Regionale, gentechnikfreie Landwirtschaft ist durch den Lobbyismus internationaler Konzerne bedroht. Dem ist mit allen nur möglichen Mitteln entgegen zu wirken. Die Liberalisierungstendenzen bei der Gentechnik dürfen nicht hingenommen werden. Über EU-Regelungen soll der Anbau genmanipulierter Pflanzen ermöglicht werden. Dagegen muss Widerstand auf allen Ebenen geleistet und vor allem die „Nulltoleranz“ bei gentechnisch verändertem Saatgut verteidigt werden.

Lebensmittelversorgung und Lebensmittelsicherheit durch heimische, bäuerliche Landwirtschaft sind vorrangige Ziele! Ökologische und soziale Erzeugungsstandards sind von elementarer Bedeutung. Der ungezügelte, subventionierte globale Austausch von Agrarerzeugnissen birgt nicht nur eine finanzielle Bedrohung unserer Landwirte, sondern auch unkontrollierbare Gefahren für die Gesundheit der Verbraucher. Überschüsse müssen durch flexible Anpassung des Angebotes an die Nachfrage vermieden werden. Fruchtfolge statt Monokultur vermindert das Risiko des Preisverfalls durch Überangebot und minimiert Ernteausfallrisiken. Der konzerngesteuerten Marktpolitik ist EU-weit Einhalt zu gebieten. Grundsätzlich ist die Existenz landwirtschaftlicher Betriebe durch gerechte Preise zu sichern. Der Einfluss der Abnehmer und Verarbeitungskonzerne ist zurückzudrängen.

Nochmals gilt: Ein Existenzsicherungsvertrag für alle Bauern muss den Landwirten Sicherheit geben und die Pflege der Kulturlandschaft honorieren. Die Direktzahlungen an Landwirte müssen verbindlich an einfache, aber wirksame ökologische und soziale Standards gebunden werden. Wir fordern eine Markt- und Subventionspolitik, die vorrangig die Arbeit und nicht die Fläche bevorzugt. Dadurch wird die ökologische und bäuerliche Landwirtschaft aufgewertet und der Bedrohung ihrer Existenz begegnet. Außerdem sind Agrarumwelt-, Klima-, Kultur-, und Naturschutzmaßnahmen der bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft als gesellschaftliche Aufgabe zu werten und zu fördern. Exportsubventionen sind ersatzlos zu streichen.

Wir stehen zum Tierschutz! Artgemäße Tierhaltung im ganzen Land!

Artgemäße Tierhaltung aus Respekt vor den Mitgeschöpfen! Wir fordern in allen Bereichen der Tierhaltung artgemäße und tiergerechte Haltungsformen. Ungeeignete Haltungsformen, die dazu führen, dass Tiere vermeidbaren Stress, Schmerzen und dadurch bedingt Krankheiten erleiden müssen, sind zu verbieten. Es ist sicherzustellen, dass Lebensmittel, deren Erzeugung gegen geltendes EU-Recht verstößt, nicht in Deutschland verkauft werden dürfen (z.B. Stopfleber, Käfigeier etc.). Wir wenden uns deshalb auch gegen alle Pläne, die Käfighaltung für Hennen durch die Hintertür wieder einzuführen. Betäubungslose Kastration von Ferkeln, sowie die betäubungslose Enthornung von Kälbern muss verboten werden. Das Kürzen von Schnäbeln und das Kupieren von Schwänzen sind zu verbieten. Gesteigerte Aufmerksamkeit ist ebenso der artgemäßen Haltung von Haustieren zu widmen (z.B. Sportpferde, Hunde). Hier ist eine bessere Zusammenarbeit von Tierärzten und Behörden gefordert.

Wir setzen uns für ein Medizinstudium ohne Tierversuche ein und fordern die Einrichtung eines Lehrstuhls zur Entwicklung von Alternativen zum Tierversuch. An der Universität Marburg kann man Humanmedizin studieren, ohne Tiere töten und verbrauchen zu müssen. Dort ersetzen ausgefeilte Computerprogramme die bislang üblichen Praktika, bei denen die Studenten viele Tiere töten mussten. Wir fordern die Einrichtung eines eigenen Lehrstuhls für die Erforschung und

Entwicklung von Ersatzmethoden zum Tierversuch in der wissenschaftlichen Forschung und im Gesundheits- und Verbraucherschutz. Die bundesweit erste Professur mit dieser Thematik wurde 2006 an der Universität Konstanz eingerichtet. Tierversuche, die nicht der medizinischen Forschung dienen, dürfen nicht aus Steuermitteln gefördert werden. Die tierversuchsfreie Forschung muss deutlich mehr Fördergelder erhalten und aufgewertet werden.

Keine Lebetiertransporte weiter als 100 km! Unnötiges Leid zu vermeiden muss zu einer Selbstverständlichkeit werden. Deshalb fordern wir, Transporte von lebenden Tieren über lange Strecken EU-weit zu verbieten. Keine Subventionen für Tiertransporte! Regionale Schlachthöfe und Metzgereien sind zu erhalten oder neu zu schaffen und gegen Überregulierungstendenzen der EU zu schützen. Im vorgenannten Beispiel von Herbert Siegel konnte bereits ein kleiner, aber medial höchst wirksamer Ansatz vermerkt werden!

Mehr Sicherheit vor krimineller Bedrohung und damit mehr innere Sicherheit!

Korruption wirksam bekämpfen! Korruption zerstört das Vertrauen in den Rechtsstaat, gefährdet die ökonomische Fairness und verursacht hohe gesellschaftliche Kosten. Polizei und Staatsanwaltschaft sind in Zusammenarbeit mit anderen Behörden der Einblick in die Finanzaktionen der Tätergruppen und der Zugriff auf illegale Gewinne zu erleichtern. Zur Bekämpfung gehört eine verfassungskonforme Neufassung der Vermögensstrafe ebenso wie der Ausschluss bestechender Unternehmen von öffentlichen Aufträgen (Korruptionsregister). Bestes Beispiel aus den vergangenen Tagen ist im kommunalpolitischen Bereich die Korruptionsaffäre in Regensburg in die OB und Stadträte verwickelt waren.

„Die Kleinen hängt man, die Großen können sich freikaufen...“ – war eine Bundesratsinitiative zur Änderung des § 153a StPO! Der Paragraph 153a StPO ermöglicht die Einstellung eines Verfahrens gegen Geldauflage. Diese Regelung von 1975, zur Entlastung der Justiz bei Massendelikten von geringer Schuld gedacht, wurde 1993 massiv ausgeweitet und dient heute in großem Umfang der Haftverschonung bei Wirtschaftskriminalität oder bei prominenten Angeklagten. Die ÖDP tritt dafür ein, die Regelung von 1975 auf den ursprünglichen Zweck zurückzuführen, um dem Rechtsstaat und dem Rechtsempfinden der Bürger gerecht zu werden.

Die Attraktivität des Polizeiberufs verbessern – Kompetenz steigern, externe Spezialisten gewinnen! Die Stellenkürzungen bei der Polizei sind zu stoppen. Die Motivation Jugendlicher zur Ergreifung des Polizeiberufs ist durch eine „Sonderlaufbahn Polizei“ zu steigern und die Kompetenzen im Bereich der Bekämpfung von Wirtschafts- und Computerkriminalität sind durch die Gewinnung entsprechender Fachkräfte zu verbessern. Denn nicht nur durch das unkontrollierte Einreisen potenzieller Angreifer wurde eine Situation in unserem Land geschaffen, die so nicht bestehen bleiben kann. Die Einsparungen bei unseren Polizeikräften während der CSU-Regierung unter Edmund Stoiber haben nachhaltig darauf eingewirkt. Es muss wieder erhöhtes Augenmerk darauf gerichtet werden, die entsprechende Personaldichte und Equipments-Gestaltung zur Erfüllung der vorhandenen Sicherheitsaufgaben zu schaffen. Aufenthaltstitel oder Duldungen müssen bezüglich ihrer Berechtigung überprüft und nach evtl. vorhandenen Straffälligkeiten mit den nötigen Schritten geahndet werden. Es muss allerdings darauf geachtet werden, dass hier keine Vorurteile im Kollektiv getroffen werden. Ein gesundes Maß an Urteilsfähigkeit und Menschenkenntnis muss dazu führen die bereits vor der Einreisewelle im Land vorhandenen Sicherheitsrisiken kritisch einzuschätzen. Sollten allerdings bestehende Situationen es erfordern, wird es auch notwendig sein, wieder Kontrollen an den Grenzübergängen durchzuführen. Alles natürlich unter der Prämisse, dass genügend ausgebildetes Personal und zweckentsprechende Ausstattung zur Abwicklung der zusätzlichen Aufgaben vorhanden ist.

Gewaltverherrlichung und Zynismus in Medien, Netzwerken und bei Computerspielen stoppen – für wirksamen Jugendschutz und umfassende Medienbildung! Mit berechtigter Sorge beobachten kritische Wissenschaftler negative Auswirkungen von falschem und vor allem zu viel Medienkonsum bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Reale Leistungsanreize werden durch „Erfolge“ am Bildschirm verdrängt, viele Jugendliche stumpfen gegen schlimmste Gewalt ab. Die ÖDP tritt für einen wirksamen Jugendschutz ein. Die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien soll bei der Einstufung von Computer- und Konsolenspielen mehr Kompetenzen erhalten. Rundfunkräte und Landesmedienanstalten müssen Gewalt verharmlosende, sowie herabwürdigende, menschenverachtende Sendungen stärker als bisher beanstanden. Die Hersteller von Computerspielen sind zu verpflichten, auf die Wirkung von Gewalt in ihren Produkten hinzuweisen. Besonders nötig ist aber eine kontinuierliche und praxisnahe Medienpädagogik in Kindergärten und Schulen sowie in der Jugend- und Erwachsenenbildung.

Jugendstrafverfahren müssen wesentlich beschleunigt werden! Neben der Prävention ist beim Umgang mit Jugendkriminalität die rasche Konsequenz nach der Tat von besonderer pädagogischer Bedeutung. Wir werden uns für eine wesentliche Verkürzung des Verfahrensgangs zwischen Polizei, Staatsanwaltschaften und Jugendgerichten einsetzen.

Sicherheit für Bürgerinnen und Bürger gewährleisten – Kriminalität wirksam verhindern und bekämpfen! Die Gewährleistung der inneren Sicherheit gehört zu den ursprünglichen und zentralen Aufgaben des Staates. Die ÖDP tritt dafür ein, dass Polizei und Staatsanwaltschaft die dafür notwendigen Befugnisse erhalten, insbesondere auch im Bereich neuer Technologien, unter Wahrung der Grundrechte und Beachtung der Verhältnismäßigkeit der Mittel.

Viele verschiedene Ansatzpunkte, die sich teilweise auch auf individuelle Vorgänge und Erfahrungen stützen, finden hier ihren Niederschlag. Leider können nicht alle Problemfaktoren betrachtet werden. Umfassende Problematiken wie das Flüchtlingsthema oder Grundeinkommen für Alle können wir gerne in einem persönlichen Gespräch diskutieren. Sollten Sie an mich noch Fragen zu Einzelheiten bei bestimmten Thesen stellen wollen, stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung. Ich hoffe, ich konnte in einem kurzen Abriss darstellen, weshalb für mich die Arbeit in der ÖDP und als potenzieller Mandatsträger im Bundestag so überaus wichtig ist. Jeder schimpft über die Politik, aber die Wenigsten versuchen, sich dabei einzubringen und durch effiziente Basisarbeit eine Veränderung, sollte sie auch noch so klein sein, zu bewirken. Zum Schluss ein Zitat von mir: „Gutes tun tut nicht immer gut, aber gar nichts tun ist auch nicht besser!“ Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!